

## Anlage zur Sitzungsvorlage

hier. Empfehlung des Unterausschusses „Tagesbetreuung für Kinder“ vom 14.06.2016

Datum: 20.06.2016

Drucksache Nr.: **16/0177**

---

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
Jugendhilfeausschuss	28.06.2016	öffentlich / Kenntnisnahme
Rat	28.06.2016	öffentlich / Entscheidung

---

### Betreff

**Sachstandsbericht zur Finanzierung der Offenen Ganztagschule unter Berücksichtigung der Elternbeitragssatzung**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Finanzierung der Offenen Ganztagschule unter Berücksichtigung der Elternbeitragssatzung sowie die Nachreichung der Beratungsergebnisse aus der Sondersitzung des Unterausschusses „Tagesbetreuung für Kinder“ vom 14.06.2016 zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:
  - 2.1 Mit Rücksicht auf den Vertrauensschutz der Eltern und zur Einhaltung eines strukturierten, partizipativen und transparenten Verfahrens zur Entwicklung einer Elternbeitragssatzung, die einerseits die Finanzierungsgrundlagen aller drei Formen der Kindertagesbetreuung auf Dauer verlässlich gestaltet und andererseits die Elternbeteiligung sozialverträglich sicherstellt, wird die Elternbeitragssatzung für alle Angebote im Bereich der Tagesbetreuung für Kinder zum 01.08.2017 angepasst.
  - 2.2 Hierzu wird eine Satzungskommission unter Beteiligung folgender Vertreter eingerichtet:

<b>Verwaltung</b>	<b>Vertreter</b>	<b>Stellvertreter</b>
Fachbereich Kinder, Jugend und Schule	Sandra Clauß	Marion Kusserow
<b>Vertreter des Jugendhilfeausschusses</b>		
CDU-Fraktion	N.N.	N.N.
SPD-Fraktion	N.N.	N.N.
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	N.N.	N.N.
FDP Fraktion	N.N.	N.N.
<b>Vertreter des Jugendamtselternbeirates</b>	N.N.	N.N.
<b>Vertreter der Freien Träger</b>	N.N.	N.N.
	N.N.	N.N.
	N.N.	N.N.

- 2.3 Folgende Terminalschiene wird von allen Beteiligten verbindlich eingehalten:
- 2.3.1 Die Fraktionen benennen der Verwaltung bis zum 30.06.2016 die Eckpunkte für eine neue Beitragssatzung.
- 2.3.2 Für die Satzungskommission sind folgende Termine vorgesehen: 25.10.2016, 18.00 Uhr und vorsorglich folgender zusätzlicher Termin: 15.11.2016, 18.00 Uhr. Damit der Rat in seiner Sitzung am 07.12.2016 die Satzung verabschieden kann, erfordert dies die Verschiebung des Jugendhilfeausschusses vom 15.11.2016 auf den 30.11.2016.
- 2.4 Der kommunale Zuschuss pro OGS-Platz beträgt im Schuljahr 2016/17 (Übergangsjahr) 962 €.
- 2.5 Die Betreuungspauschale in Höhe von 38.500 € wird anteilig auf die OGS-Plätze verteilt. Orientiert wird sich an der Planungsgröße von 1.163 OGS-Plätzen für das Schuljahr 2016/17, so dass auf einen Platz 33 € entfallen.
- 2.6 Die Sachkostenpauschale von bisher 1.000 € wird zugunsten der Personalkosten zukünftig nur 500 € pro Gruppe betragen. Allerdings können zusätzlich Sachkosten in Höhe von bis zu 500 € aus Mitteln des Schulbudgets geltend gemacht werden. Aus dieser Umschichtung ergibt sich ein Betrag von 19 € pro OGS-Platz (bei 44 Gruppen)

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Verwaltung hat dem Jugendhilfeausschuss für seine Sitzung am 28.06.2016 einen umfangreichen Sachstandsbericht zur Finanzierung der Offenen Ganztagschule unter Berücksichtigung der Elternbeitragssatzung vorgelegt (s. DS-Nr. 16/0177), auf die zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen wird. Zur Erörterung und weiteren Abstimmung des Verfahrens „Finanzierung der Offenen Ganztagschule unter Berücksichtigung der Elternbeitragssatzung“ tagte am 14.06.2016 die Sondersitzung des Unterausschusses „Tagesbetreuung für Kinder“.

In dieser Sitzung wies der Kämmerer darauf hin, dass der Rat im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes beschlossen hat, die Elternbeiträge zum 01.08.2016 anzupassen. Daher ist es zwingend erforderlich, dass dieser Beschluss durch den Rat revidiert und ein neuer Beschluss über die Anpassung der Elternbeiträge zum 01.08.2017 gefasst wird.

In der Sondersitzung hat sich der Unterausschuss dafür ausgesprochen, dass die Verwaltung den o.a. Beschlussvorschlag in den Jugendhilfeausschuss und Rat einbringt.

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Unterausschusses ist der beigefügten Niederschrift zu entnehmen.

In Vertretung

  
Marcus Lübken  
Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral  
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf        €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan 03-02-01 – Grundschulen - zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von  
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.  
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits        € veranschlagt; insgesamt sind        € bereit zu stellen. Davon entfallen        € auf das laufende Haushaltsjahr.

## Niederschrift

über die Sondersitzung des Unterausschusses „Tagesbetreuung für Kinder“ am  
14.06.2016, 18.15 Uhr im Rathaus, Raum 122 (Eschenzimmer)

Teilnehmer: Sajeh Poth, Barbara Els, Sibylle Friedhofen, Andreas Gosemann, Dr.  
Hinrich Pich, Monika Schulenburg, Anne-Katrin Silber-Bonz, Denis  
Waldästl

zu Gast waren anwesend:  
Carmen Schmidt (Aufbruch)

von der Verwaltung waren anwesend:  
Marcus Lübken, Sandra Clauß, Marion Kusserow, Josephine Deden-  
bach, Stephan Rupp, Sonja KÜch

Protokoll: Sonja KÜch

Frau Poth begrüßte die Anwesenden und eröffnete um 18.15 Uhr die Sitzung

### TOP 1

#### **Anträge zur Tagesordnung**

Frau Clauß beantragte als TOP 4 den Punkt „Kita-Ausbauplanung“ aufzunehmen.  
Dem wurde einvernehmlich zugestimmt.

### TOP 2

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.05.2016**

Zum TOP 4 stellte Frau Silber-Bonz klar, dass die Gründung einer Satzungskommission im Jahre 2013 von ihr angeregt wurde und nicht, wie in der Niederschrift formuliert, von der Verwaltung.

### TOP 3

#### **Finanzierung der Angebote der Offenen Ganztagschule / Erhebung von Beiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Kindertagespflege**

Frau Clauß erläuterte die Vorlage und teilte ergänzend mit, dass hinsichtlich der Finanzierung und möglichen Gestaltung der Betreuungszeiten seitens der Grundschulen keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Nach Beantwortung einiger Verständnisfragen durch Frau Clauß wurde der von der Verwaltung vorgelegte Verfahrensvorschlag allgemein begrüßt.

Herr Waldästl, Frau Schulenburg und Herr Dr. Pich wandten ein, dass sie im Vorschlag der Verwaltung die Elternbeteiligung vermissen und schlugen die Durchführung einer Elternbefragung durch einen Fragebogen vor. In der sich anschließenden Diskussion wurde das für und wider einer Fragebogenaktion erörtert. Dafür spricht,

dass durch eine Befragung unmittelbar der Elternwille ermittelt werden könne und durch ein transparentes Verfahren auch die Akzeptanz bei den Eltern für die Anpassung der Elternbeitragssatzung erhöht werde. Demgegenüber gab die Verwaltung zu bedenken, dass Eltern in Befragungen regelmäßig einen höheren Bedarf nennen als dieser im nach hinein geltend gemacht wird. Sollte der Rücklauf sehr gering sein, sei das Ergebnis nicht valide. Auch könnten Begehrlichkeiten bei den Eltern geweckt werden. Zudem binde eine solche Aktion personelle Ressourcen in der Verwaltung.

Der Verwaltungsvorschlag zur Erhebung der konkreten Inanspruchnahme der Plätze wurde von Frau Silber-Bonz insofern kritisch gesehen, da die Erhebung durch den Träger möglicherweise nicht objektiv erfolge. Frau Clauß schlug daraufhin vor, die tatsächliche Inanspruchnahme der Betreuungszeiten nicht durch den Träger sondern durch einen neutralen Dritten in einem repräsentativen Zeitraum erfassen zu lassen.

Mehrheitlich wurde von den Vertretern der Fraktionen und der Freien Träger sowie des Jugendamtselternbeirates die Durchführung einer Elternbefragung im Rahmen der Ermittlung des Finanzbedarfs der OGS Träger sowie der darauf fußenden Gestaltung der Elternbeitragssatzung gewünscht.

Zum weiteren Verfahren wurde abgesprochen, dass die Verwaltung den vorliegenden Beschlussvorschlag in JHA und Rat einbringen wird. Die Vertreter von SPD / Bündnis 90 Die Grünen / FDP gaben an, sich nochmals abzustimmen, wie die Inhalte des Antrags vom 11.05.2016 ggf. in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden können.

Abschließend wies Herr Rupp darauf hin, dass der Rat im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes beschlossen hat, die Elternbeiträge zum 01.08.2016 anzupassen. Es ist daher zwingend erforderlich, dass dieser Beschluss durch den Rat revidiert und ein neuer Beschluss über die Anpassung der Elternbeiträge zum 01.08.2017 gefasst wird. Ein Beschluss des JHA am 28.06.2016 gelte insofern vorbehaltlich des entsprechenden Ratsbeschlusses.

#### **TOP 4**

##### **Kita-Ausbauplanung**

In der Sitzung des Unterausschuss vom 10.05.2016 wurde unter TOP 5 ein Sachstandbericht zur Kitaausbauplanung vorlegt. In Ergänzung zu den dort vorgelegten Informationen informierte Frau Clauß darüber, dass die angefragten Eigentümer der für den Bau einer viergruppigen Kita geeigneten Grundstücke im Bereich Mülldorf / Sankt Augustin-Ort leider nicht bereit sind, diese zur Verfügung zu stellen. Insofern ist nun zu diskutieren, wie mit der schwierigen Flächensituation bei weiter steigendem Bedarf und der Notwendigkeit schnell umzusetzende Lösungen finden zu müssen, umgegangen wird.

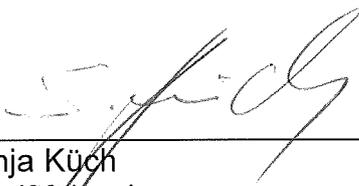
Die Verwaltung berichtet, dass ein Investor kurzfristig ein Grundstück in Hangelar für einen Kitabau angeboten hat und dass auch die Umwidmung des städtischen Grundstücks an der Schiffstraße für einen Kitabau in Frage komme. Es müsse nun jugendpolitisch diskutiert werden, ob die Verwaltung in die Prüfung der Realisierung einer Kita auf diesen Grundstücken einsteigen solle, um kurzfristig den Bedarf zu decken. Herr Waldästl schlug vor, dass die Verwaltung bis zum nächsten Unterausschuss alle für eine Kitabebauung möglichen Grundstücke in der Stadt prüfen solle

und dass dann anhand einer Matrix eine Entscheidung getroffen werden soll. Frau Clauß wies darauf hin, dass in die Matrix die zeitliche Perspektive der Realisierung mit aufgenommen werden müsse.

Dem Vorschlag wurde einvernehmlich zugestimmt.

Hiernach beendete Frau Poth um 19.20 Uhr die Sitzung.

Sankt Augustin, den 16.06.2016

  
\_\_\_\_\_  
Sonja Kuch  
Schriftführerin

  
\_\_\_\_\_  
Sajeh Poth  
Vorsitzende

Gesehen  
  
\_\_\_\_\_  
Marcus Lübken  
Beigeordneter